

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr. TOP:	155 10
	Verhandlung	Drucksache: GZ:	936/2015 T

Sitzungstermin:	21.07.2016
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	OB Kuhn
Berichterstattung:	-
Protokollführung:	Frau Gallmeister de
Betreff:	Ausbau des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums zu einem Musikgymnasium Herdweg 72, 70174 Stuttgart - Projektbeschluss -

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 19.07.2016, öffentlich, Nr. 365

Verwaltungsausschuss vom 20.07.2016, öffentlich, Nr. 310

jeweiliges Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Technischen Referats vom 07.07.2016, GRDRs 936/2015, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem aktualisierten Raumprogramm (Anlage 4) zum Ausbau des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums zu einem Musikgymnasium wird zugestimmt.

2. Der vom Hochbauamt geprüften Planung zur Erweiterung, Sanierung und Umstrukturierung nach den Plänen des Architekturbüros LRO Lederer Ragnarsdóttir Oei GmbH & Co. KG, Kornbergstraße 36, 70176 Stuttgart vom 07.04.2016

der Baubeschreibung

vom

07.04.2016

und der vom Projektsteuerer und dem Hochbauamt
geprüften Kostenberechnung/ Kostenschätzung vom
21.03.2016

mit Gesamtkosten von 43,00 Mio.
€

zuzüglich Prognose von 1,29 Mio.
€

mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 44,29 Mio.
€

wird zugestimmt.

3. Der Ausführung (vorgezogener Baubeschluss) der erforderlichen Vorabmaßnahmen ab Sommer 2016 (Notmaßnahme Betonsanierung, Sicherungsarbeiten Fenster, Brandschutzmaßnahmen etc.) wird zugestimmt. Die Kosten für diese Vorabmaßnahmen in Höhe von 660.000 € brutto sind in den voraussichtlichen Gesamtkosten von 44,29 Mio. € enthalten und werden über die im 2. Sonderprogramm Schulsanierungen (GRDrs 62/2012 und GRDrs 78/2012) beim Eberhard-Ludwigs-Gymnasium verbleibenden Sanierungsmitteln durch Mittelumsetzung zum Projekt 7.401124 finanziert.

Der Ausführung (vorgezogener Baubeschluss) weiterer erforderlicher Vorabmaßnahmen in der Winterperiode 2017/2018 (Rodungsarbeiten zur Baufeldfreimachung, Vergrämung Eidechsen etc.) mit Gesamtkosten in Höhe von 250.000 € wird zugestimmt. Diese Kosten sind in den unter Ziffer 2 genannten voraussichtlichen Gesamtkosten von 44,29 Mio. € enthalten.

OB Kuhn stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt ohne Aussprache einstimmig wie beantragt.